Offene Worte
an Leipziger „Aktivistinnen und Aktivisten der letzten Stunden“ der einstigen „DDR“

Ein Jahrzehnt im Vorstand des Archivs Bürgerbewegung Leipzig e. V.

Oliver Kloss

I. Abschied aus dem Vorstand

»Eine Chronik schreibt nur derjenige,
dem die Gegenwart wichtig ist.«

Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832)
in »Maximen und Reflexionen«

1. Es gibt unterschiedliche Weisen, wie Menschen mit dem Vergangenen in der Gegenwart umzugehen pflegen. Nicht jedem ist die heiter zurückgelehnte Gelassenheit vergönnt, wie sie Frank Richter seit dem Abend des 9. Oktober 1989 stets an den Tag legt, wenn es zu Meinungsverschiedenheiten über 1989 unter denjenigen kommt, die sich auf unterschiedliche Weise revolutionäre Verdienste zurechnen dürfen. Seine beherzt-süffisante Sentenz *„Entscheidend bleibt: Wir haben gesiegt!“* impliziert, es sei müßig, gar unwürdig, sich gleichsam jenseits

der Barrikade unter Siegern noch über die jeweiligen Anteile am gewonnenen Kampfe zu streiten.

Auch ich habe in solchen Debatten um Rangordnungen oft ein Beschwichtigungsargument strapaziert: *„Unter über 15 Millionen einstigen „DDR"-Bewohnern ist es mir gleichgültig, ob meine Relevanz innerhalb der subversiven Szene von wenigen Tausenden Menschen mit Platz 30 oder 3000 veranschlagt wird."* Auch motivationale Debatten, ob jeweiliges Engagement der Ausweglosigkeit oder dem Mute zu danken, ob aus Frustration oder aus Abenteuerlust gespeist worden sei, interessierten mich nie.

Heute möchte ich einmal umgekehrt verfahren und manche Punkte offen ansprechen, die mich und andere gestört haben oder noch stören oder die mir als *„Gespräche hinter dem Rücken"* der Betreffenden wiederkehrend begegnen und deren ich überdrüssig bin.

Im besten Falle trägt dies vielleicht zum besseren Umgang miteinander bei und mindestens zur Klärung der Frage, ob man überhaupt noch etwas miteinander will.

2. Vor der Revolution gab es nicht nur in den Leipziger subversiven Gruppen unter den Individualistinnen und Individualisten, die sich jenseits des staatlich Gewollten zu eigenem Denken, Leben und Lebens-Stil emporrangen, einen kleinsten gemeinsamen Nenner.

(Ich vermeide den Begriff Konsensus bewusst, denn er ist ein Nein zum Konflikt, zielt auf Einschwörung, auf Communio, auf Gemeinschaft.)

Der kleinste gemeinsame Nenner bedeutete Anti-Totalitarismus. Ich sage *„bedeutete"*, denn nicht alle hätten ihn so genannt. Rainer Eckerts Auswahlbibliographie benennt im Titel die Konfliktlinie: *„Antitotalitärer Widerstand und kommunistische Repression"*.

Anders gesagt: Ablehnung fand in den Gruppen, was der Begünstigung menschlicher Diversität entgegen stand. Dies erlaubte politische Zweck-Bündnisse von pro-pluralistischen Konservativen über reformistische Sozialdemokraten und Linksliberale bis zu kooperativen Anarchisten. Auch bekennende Christen in den staatskritischen bis staatsfeindlichen Gruppen verstanden sich freiheitlich traditionskritisch. (Ein Slogan unter Theologiestudenten gegenüber Genossen der Staatspartei zu „DDR"-Zeiten: *„Das Christentum hat die Zeit seiner Inquisition hinter sich."*)

Die in der DDR verbotene anti-totalitäre ironische Hymne der 80er Jahre blieb *Der Mussolini* von DAF (1981 über zwanzig Wochen auf Platz 1 der Charts in der Bundesrepublik).

Aus anti-totalitärer Perspektive nahen sich nicht nur Faschismus und Kommunismus an. Die Ostblock-Marxisten sahen in der Diktatur Augusto Pinochets einen Faschismus, während die Freiheits- und Sozialstaatsfeinde im Westen Chile nach dem Putsch vom 11. September 1973 als „neoliberal" lobten, die Total-Privatisierung der Altersrente begrüßten, während die Volksrepublik China – ebenso an diesem antirepublikanischen Experiment interessiert – die Junta mit Milliarden-Krediten stützte. Dezember 1981 wurde im polnischen Arbeiter-Staat auf die vermeintlich herrschende Klasse geschossen. General Wojciech Jaruzelski trug Sonnenbrille wie sein chilenischer Kollege. Helmut Schmidt brach angesichts des Kriegsrechts in Polen als Bundeskanzler nicht einmal seinen Staatsbesuch in der „DDR" ab, wir lernten rechte Sozialdemokraten mit Vorsicht zu betrachten.

Warum erinnere ich daran? Mit dem Anti-Totalitarismus als kleinstem gemeinsamen Nenner und dem großen JA zu menschlicher Vielgestaltigkeit, Kreativität, Experimentierfreude und Varianz lässt sich auch mit sich selbst lockerer umgehen. Man braucht keine gar zu klare „Identität": Ich bin fehlbar, kann mir auch grobe Fehler locker eingestehen, denn eine gewisse Toleranz (Duldsamkeit) bin ich mir auch selbst schuldig.

Im Sinne Voltaires: Die Welt und ich sind meiner Korrektur wert und ich möchte die Welt in einem besseren Zustande hinterlassen als ich sie vorgefunden habe.

3. Worin waren sich die verschiedenen Institutionen des Gedenkens und der Aufarbeitung der Revolution in den letzten beiden Jahrzehnten einig?

Wir – und an dieser Stelle glaube ich ein Wir wagen zu dürfen – waren uns alle einig, dass Christoph Wonneberger für die Zeitgeschichte an den Platz in der Relevanzhierarchie gebracht werden sollte, der ihm tatsächlich gebührt.

Ich erinnere mich einer Abend-Runde in der Demmeringstraße im IFM-Büro: Erstmals nach dem Schlaganfall kam Christoph Wonneberger kurz zu Besuch. Er konnte mit sichtlicher Mühe wieder einigermaßen sprechen. Thomas Rudolph fragte in die Runde, ob wir nicht schon einmal Material sammeln sollten, wie was abgelaufen sei, denn es werde viel Unsinn behauptet. Christoph Wonneberger antwortete lachend, dies werde sich frühestens nach einem Jahrzehnt ändern lassen, denn es seien noch zu viele aktiv Beteiligte mit klaren Interessen in der Öffentlichkeit. – Damals glaubte ich, diese Befürchtung sei maßlos übertrieben, wie naiv.

Uwe Schwabe gebührt in dieser Hinsicht unser aller Dank. Er hat das Bundesverdienstkreuz nur unter der Bedingung angenommen, auch Christoph Wonneberger müsse geehrt werden.

Damit war ein Kristallisationskern gesetzt, auf den fortan von uns gegenüber den Medien Bezug genommen werden konnte. Erst seit dem Jahre 2009 ist der Durchbruch gelungen.

4. Wir haben fast alle sinnvoll zusammen gearbeitet, wenn es darum ging, den Fiktionen über Friedrich Magirius ein paar Fakten entgegen zu setzen. Unser Erfolg war sehr mäßig. Die Gründe dafür bleiben bis heute schier rätselhaft. Der langfristig von der Leipziger Volkszeitung Begünstigte durfte sich in den 90er Jahren eines regelrechten Kampagnen-Journalismus im DDR-Stile erfreuen. Aber wozu? Wem hat das wirklich gedient?

Der vielgeehrte *„Superintrigent Magirius – Revolutionsheld nach Sendeschluss"* (Spruchband bei der Verleihung seines ersten Preises) hat sich in seine Rolle eingelebt. Glaubt man irgendwann selbst daran, wichtig für die Revolution gewesen zu sein, wenn man auf die Würdigungen schaut?

Tobias Hollitzer sollte sich fragen, ob es denn sein musste, gerade Friedrich Magirius mehrfach zu Podien in die Runde Ecke zu laden.

In unserer letzten Unterhaltung – Friedrich Magirius hatte mich offenbar nicht erkannt – erklärte er mir mit sorgenvoller Stimme des verantwortungsvoll-fürsorglichen alten Herrn, er habe sich immer für den Schutz der gefährdeten Gruppen eingesetzt. Ich fragte zurück, ob er sich damit nicht selbst in Gefahr gebracht habe. Er nickte mit hochgezogenen Brauen. Ganz großes Theater! Ich musste lachen ...

Wir hatten noch einen begnadeten Self-Marketing-Künstler in Leipzig, den Wunder-Gläubigen aus der Nikolaikirche. Er hatte sich die Weste angezogen, die nach dem Film zum Roman von Erich Loest liegen geblieben war. Die Rolle hat sich Christian Führer zum Schicksal erkoren. Im Jahre 2004 hatte ich als Sprecher des SozialForum Leipzig in Vorbereitung der Proteste gegen die rot-grünen Konter-Reformen wieder mit Christian Führer zu tun. Dabei erzählte er mir, die Suche werde für seine Frau immer schwieriger, es gäbe kaum noch Jeans-Westen zu kaufen. Ich habe ihm freundlich zur Nachfrage im Theaterfundus geraten.

Gegen Christian Führers Äußerungen wären Worte machtlos gewesen. Wenn einer die Revolution zum *„Wunder biblischen Ausmaßes"* er- und verklärt, kann man nicht schnöde widersprechen ohne noch dümmer da zu stehen.

Letztlich hat sich Christian Führer mit seiner köstlichen Autobiographie medial selbst erledigt. Das verzeihen Historiker und Journalisten nie, wenn in so viel Text kaum Relevantes steht. Bei der Schilderung des 9. Oktober 1989 ist die das Friedensgebet ausrichtende Friedensgruppe Gohlis um Pfarrer Gotthard Weidel geflissentlich übergangen worden.

Die lustigste und kürzeste Rezeption hat Christoph Wonneberger zu Katrin Hattenhauers Ausstellungseröffnung in der Nikolaikirche 2009 verlesen. (Michael Arnold nannte sie trefflich *„Insider-Witz“*.) [1]

Inzwischen hat das renommierte Munzinger-Archiv den Personen-Artikel zu Superintendent Friedrich Magirius vollständig überarbeitet und grobe Fehlauskünfte getilgt. (Mein Hinweis per Mail hat genügt, ich habe zur telefonischen Nachfrage in der Nikolaikirche geraten.)

5. Ist es den Institutionen des Gedenkens und der Aufarbeitung der Revolution in den letzten beiden Jahrzehnten auch nur annähernd gelungen, zu zeigen, wie die wenigen subversiven Gruppen es schaffen konnten, von Leipzig aus das „DDR“-System zu knacken?

Ein klares NEIN. Und ich bedaure es, keinen Widerspruch fürchten zu müssen.

Bislang hat es das Archiv Bürgerbewegung nicht nur in keiner Weise vollbracht, auf die Relevanz der subversiven Gruppen in Vorbereitung der Revolution 1989 öffentlich aufmerksam zu machen. Zu fragen ist sogar, ob der Versuch überhaupt unternommmen worden ist.

Rainer Eckert und Uwe Schwabe erzählten bei der vergangenen Mitgliederversammlung vom Besuch zum Jubiläum der Robert-Havemann-Gesellschaft im vergangenen Jahre in Berlin. Sie nahmen Anstoß an der Selbstbezeichnung des Berliner Domaschk-Archives als *„das“* Archiv der DDR-Opposition. Aber ist das so grundlos?

In Unterhaltungen wurde mir von Berlinern gesagt, sie verständen nicht, weshalb die Leipziger aus der Geschichte der subversiven Gruppen nichts Sinnvolles machen.

---

[1] Die Fairness gebietet den Hinweis, dass Pfarrer Führer in seiner Autobiografie „**Und wir sind dabei gewesen. Die Revolution, die aus der Kirche kam**“ (Unter Mitarbeit von Anne Ascher und Patricia Holland-Moritz, Berlin, Ullstein, 2008, ISBN 978-3-550-08746-2) nicht explizit behauptet, am 9. Oktober 1989 in der Nikolaikirche gewesen zu sein, aber der Eindruck könnte aufkommen. Nicht allen Leserinnen und Lesern wird der Text von Christoph Wonneberger bekannt sein, weshalb ich ihn nachstehend wiedergeben möchte:

> „**Die Revolution, die aus der Kirche kam**
> Ich bin Zeuge.
> Ich bin dabei gewesen.
> Ich bin gerade dazugekommen, wie die Revolution aus der Kirche kam.
> Sie sah heiter aus. Es sah nicht nach einem Rausschmiss aus.
> Gegenüber am Fenster Pfarrer Führer.
> Das kann ich bezeugen.
> Und wir sind dabei gewesen.“

Wenn heute in Berlin jemand nach *„Leipzig 1989"* fragte, so erhielte er den Hinweis auf die Dokumente im Buch von Christian Dietrich und Uwe Schwabe und die Kopien der neun vom IFM-Archiv 1999 zusammengestellten Blätter *„Heute vor 10 Jahren",* mehr läge doch noch nicht vor.

Gewiss ist das verkürzt, man könnte manchen Beitrag ergänzen und unter den Buchveröffentlichungen ragt Hermann Geyers *„Nikolaikirche, montags um fünf"* angenehm heraus. Auch von Tobias Hollitzer und anderen wären noch Arbeiten zu einzelnen Themen zu erwähnen. Aber haben die Berliner so Unrecht? Ich glaube nicht.

6. Um zu verstehen, welche Spannungen noch heute zwischen Institutionen des Gedenkens und der Aufarbeitung der Revolution in Leipzig bestehen, lohnt ein genealogisches Herangehen, ein Blick in die Vergangenheit.

6. 1. Traditionell gab und gibt es Spannungen und Konflikte zwischen den drei der Lukasgemeinde und mithin der kirchenrechtlichen Verantwortung Pfarrer Christoph Wonnebergers zuzurechnenden Aktivisten aus den Gruppen, doch das schloss dereinst wiederum die enge Zusammenarbeit nicht aus.

Die **Arbeitsgruppe Menschenrechte** (AGM), deren Mitbegründer ich war, traf sich bereits 1986 und blieb bis 1989 eine offene Gruppe mit gewählten Sprechern, mit viel Diskussion und mit gemeinsamen Beschlüssen.

Der **Arbeitskreis Gerechtigkeit** (AKG) war von Anbeginn als schlagkräftige konspirative Organisation angelegt, rekrutierte die tragenden Personen aus der Studentenschaft des Theologischen Seminars Leipzig und aus dessen personellem Umfeld. Ein offensiver Umgang mit den Westmedien war selbstverständlich und musste nicht diskutiert werden, ebenso wenig die Kontaktaufnahme zum organisierten Widerstand in anderen Ostblockstaaten und zu Unterstützern aus der westlichen Welt.

Beide Gruppen waren strategisch prokapitalistisch, Debatten über Reformsozialismus, wie sie in Berlin bisweilen sehr fruchtlos geführt wurden, gab es nicht im ernsten Sinne. Natürlich sprach man sich auch für Reformen und Demokratisierung aus, taktisch eben.

Die **Initiativgruppe Leben** (IGL) spaltete sich im Juni 1987 von der **Arbeitsgruppe Umweltschutz** (AGU) ab. Die stärker aktionistische Gruppe erlaubte Mitgliedern Aktionen auch ohne Gruppenbeschluss. Ob es überhaupt verbindende Grundüberzeugungen der Mehrheit der Beteiligten gab, vermag ich nicht zu sagen. Manche verstanden sich vielleicht auch nur als alternativ-experimentelle Lebensstil-Gemeinschaft. „Nur" sei hier nicht pejorativ gemeint! In der Umwelt „DDR" ist das nicht wenig, aber unter dem Aspekt politisch

bewusster Subversion wäre dies den AKG-Mitgliedern gar zu wenig gewesen. Es ist eine Frage der Perspektive und des Zieles, wie hier gewertet werden kann.

6. 2. Praktisch gab es stets Zusammenarbeit und Überschneidungen. Das Angebot unterschiedlicher Grade verbindlicher Organisiertheit könnte ein Vorzug gewesen sein bezüglich der vergleichsweise hohen Zahl von Mitgliedern.

Bestimmte Charaktere sind nicht kompatibel mit spezifischen Organisationsstrukturen. Besondere Abneigungen und Spannungen bestanden und bestehen besonders zwischen IGL- und AKG-Mitgliedern.

Wer aus der fröhlichen Sponti-Gruppe IGL sich in verbindlichere Formen begeben wollte, hatte gute Chancen. Ebenso durfte in die IGL wechseln, wer z. B. die Verletzung einer der klaren Regeln des AKG sich hatte zuschulden kommen lassen. In der Betrachtung post festum sei die These gewagt, im Angebot von Graden der Verpflichtung und Verbindlichkeit könnte eine Stärke der Leipziger Gruppen gelegen haben. Menschen mit sehr unterschiedlichen Wertvorstellungen konnten sich in Kooperation begeben. In die subversive Strategie ließen sich differenzierte taktische Angebote einbetten. Getrenntes Marschieren und gemeinsames Schlagen des Gegners war damals ein humorvolles „Schlagwort".

Was die Logistik anbelangte, so war der AKG allen anderen Gruppen fraglos überlegen. Der AKG versuchte mit seiner konspirativen Organisationsstruktur alle Möglichkeiten von Öffentlichkeit zu erobern, um einem nicht minder konspirativ organisierten Staate die Stirn zu bieten. Ob man diese Methode mag oder nicht, sie war überaus effektiv.

Der entscheidende Vorteil der Leipziger Gruppen lag – z. B. im Vergleich zu Ost-Berlin – im Umgang mit den Ausreisewilligen. Schon in der AGM war von Anbeginn klar, dass Freizügigkeit ein Menschenrecht ist und Ausreisewillige mitarbeiten können. Lediglich aus taktischen Erwägungen sollten sie keine Wahl-Funktionen ausüben.

Der AK Gerechtigkeit schuf den logistischen Rahmen für den effektiven Einsatz von risikofreudigen Ausreisewilligen zu Aktionen. Dieser Austausch half beiden „Seiten". Antragsteller auf Ausreise konnten das Land schneller verlassen, wodurch Anziehungskraft und damit die Aktionskraft der Gruppen stieg. Beider Erfolgsaussichten stiegen.

Der mit dem AK Gerechtigkeit personell verflochtene Arbeitskreis Solidarische Kirche (AKSK) bildete dann zeitweilig eine eigene Projektgruppe, auch die IGL gliederte sich in eine vierte Arbeitsgruppe zum Thema Ausreise.

7. Welche **Institutionen des Gedenkens und der Aufarbeitung der Revolution** gibt es in Leipzig?

Die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, bei der auch Tobias Hollitzer Jahre beschäftigt war, muss hier nicht betrachtet werden. Ebenso ist das Zeitgeschichtliche Forum unter Leitung von Rainer Eckert eine Institution des Bundes und als solche eine Bereicherung der Stadt, aber nicht deren Initiative. Dass Uwe Schwabe dort arbeitet, begünstigt wohl seinen Einblick in sächsische und bundesweite Gremien und kommt vermutlich dem Archiv Bürgerbewegung zugute.

Die Stiftung Friedliche Revolution ist eine Errungenschaft des wundergläubigen Marketing-Genies aus der Nikolaikirche, eine Institution mit viel Geld auf der Suche nach ihrem Sinn, aber keine Sorge, wo so viel Geld ist, wird sich ein Sinn schon finden.

7. 1. Das **Bürgerkomitee in der Runden Ecke** ist die älteste spezifisch der Leipziger Revolutionsgeschichte verschriebene museale Institution. Über die Funktion eines Museums hinaus, das die Staatssicherheit am authentischen Orte zeigt, betreibt es Öffentlichkeitsarbeit, veranstaltet Podien, Zeitzeugenabende etc.

Schon zum zehnjährigen Jubiläum wurde in einer Ausstellung explizit auf die subversiven Gruppen Leipzigs und deren Organisationsstrukturen eingegangen. Immerhin!

Die im zwanzigsten Jubiläumsjahr errichtete große Ausstellung ist inhaltlich die bisher bedeutendste Präsentation über die revolutionären Ereignisse in Leipzig. Bisweilen wurde die Darbietung kritisiert, z. B. wenn Uwe Schwabe vom *„begehbaren Buch“* spricht.

Es ist der Ausstellung nur zu wünschen, dass Tobias Hollitzer aus ihr auch mindestens ein Buch gestaltet. Die Textlastigkeit der Ausstellung ließ auch mir so manche erlesene Besonderheit erst deutlich werden, nachdem Tobias Hollitzer meine Aufmerksamkeit darauf gelenkt hatte. Für die Wahrnehmung der Gruppen und ihres politischen Treibens ist mit dieser Ausstellung eine ansehnliche Vorlage geboten worden.

(Ich teile allerdings nicht Tobias Hollitzers Meinung, 1989 sei die *„erste Freiheitsrevolution“* in deutschen Landen siegreich gewesen, denn die liberale europäische Revolution von 1848/ 49 und die sozialdemokratisch-republikanische Revolution von 1918/ 19 waren ebenfalls Revolutionen, deren errungene Zugewinne an Freiheit des Feierns wert sind. Die Revolution im Teilstaat enthob die Revolutionäre 1989 der Aufgabe, eine eigene

Machteroberung zu organisieren, es genügte durch Massendemonstrationen den Weg in die Einheit frei zu räumen.)

7. 2. Das **Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V.** verdankt seine institutionelle Kontinuität maßgeblich den Verdiensten Uwe Schwabes und Hans-Ulrich Langners. Über viele Jahre wurde eine Institution mit regelmäßigen Öffnungszeiten etabliert, allein dies ist schon viel. Allen Mitwirkenden aus dem organisierten Widerstand gegen den „DDR"-Staat wurde angeboten, Materialen dem Archiv zu überantworten.

Die Bibliothek der AGM und des AKG in der Lukasgemeinde sowie das Archiv waren mit dem beachtlichen Samisdat-Bestand nach 1989 zuerst als Leihgabe in Archiv und Bibliothek der Initiative Frieden und Menschenrechte Sachsen eingegangen. Mit deren Auflösung wurde es von Rainer Müller und mir als Leihgabe in das Archiv Bürgerbewegung übergeben. Für die Archivierung des Samisdat-Bestandes und die Verstecke der Archivalien zu DDR-Zeiten war im AKG u. a. deren Sprecher Rainer Müller zuständig.

7. 3. In Vorbereitung des zehnjährigen Jubiläums der Revolution hatte Thomas Rudolph 1998 nach Dresden zu einem Treffen eingeladen. Ehemalige Mitwirkende aus dem Arbeitskreis Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte, aber auch aus der Initiativgruppe Leben und weiteren Zusammenhängen waren angereist.

Daraus ging die Initiative zur Materialsammlung für eine Chronik hervor. Als organisatorischer Rahmen war das **Archiv der Initiative Frieden und Menschenrechte Sachsen e. V. (IFM-Archiv)** gegründet worden. Die entstandene Materialsammlung wurde in den folgenden Jahren zu einem umfangreichen Manuskript verarbeitet.

In diesem Zusammenhang forderte Thomas Rudolph als Hauptakteur des Buchprojektes die Herausgabe der Samisdat-Sammlung vom Archiv Bürgerbewegung an das IFM-Archiv.

Letztlich wurde dieser Konflikt, in den auch ich involviert war, dergestalt *„befriedet“,* dass die letzten Sprecher von AGM und AKG mehrheitlich ihr Einverständnis damit erklärten, der Bestand möge als Leihgabe im Archiv Bürgerbewegung verbleiben, denn nur dort sei die öffentliche Benutzbarkeit für Wissenschaft und Forschung dauerhaft gewährleistet.

Thomas Rudolph lehnte als einziger ehemaliger Sprecher des AKG diese Option mit dem eventuell übertriebenen, aber durchaus nicht unberechtigten Vorwurf ab, von Mitwirkenden im Archiv Bürgerbewegung werde verantwortungslos mit Geschichte umgegangen.

Seit etwa zehn Jahren liegt ein über 500 Seiten starkes Manuskript vor, zu dem sehr viele Personen aus dem einstigen organisierten Widerstand Sachsens Zuarbeit geleistet haben: Kalender, Kopien, Erinnerungen etc.

Johannes Fischer hat sich dereinst dafür ausgesprochen, die Dokumentation ins Internet zu stellen. Dies wurde von der Mehrheit der Beteiligten bis heute abgelehnt, denn damit sänken die Chancen, es doch noch drucken zu können.

Thomas Rudolph wandte sich nach der alarmierenden Rede Gerhard Schröders zur Agenda 2010 im März 2003 wieder der aktuellen Politik zu, engagierte sich gegen die rot-grünen Konter-Reformen als Landeskoordinator bei der Gründung der Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (IASG) in Sachsen. Thomas Rudolph dürfte der einzige aus der Szene der einstigen subversiven Gruppen sein, der mit einem Nicht-„DDR"-Thema wieder in Spiegel, Stern und anderen überregionalen Medien präsent war.

Der letzte Trick Gerhard Schröders sollte die vorgezogene Neuwahl des Bundestages sein: Der entstehende Zeitdruck erzwang den Trift der Wahlalternative mit Oskar Lafontaines in die PDS, woraus dann die neuerliche Umbenennung der PDS in Die Linke hervorging. So stärkten die rechten Sozialdemokraten zwar die PDS, aber abgewählt wurde Rot-Grün dennoch.

Thomas Rudolph war mit seiner prokapitalistischen linksliberalen Position aus der Organisation ausgeschieden und hat sich ab Frühjahr 2005 der Sozialarbeit zugewandt.

Das Manuskript der Chronik ist noch unveröffentlicht, blieb Insider-Tipp. Es harrt seines Abschlusses und des Druckes. Thomas Rudolph meint, Gründlichkeit sei wichtiger als Eile, nach 1848 seien auch Jahrzehnte vergangen ehe die ersten ernsthaften Darstellungen gefolgt seien. Frank Richter sagt, er könne auch mit einem E-Book leben, um seinen Kindern zu zeigen, er sei in der „DDR" kein Feigling gewesen.

8. Worum geht es z. B. bei den – wie ich sagte – durchaus berechtigten Vorwürfen von Thomas Rudolph und anderen gegen Mitwirkende im Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V.?

8. 1. Wer war die „Demokratische Initiative – Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft (DI)"?

Als der umfangreiche Dokumentationsband „Freunde und Feinde" erschienen war, durfte man anfangs annehmen, es habe da wohl Eile vor dem Druck und einige Fehler gegeben, Klammern mit Sternchen, wo Seitenzahlen stehen sollten etc. So durfte man auch glauben, eine Phantom-Gruppe, ein reiner „Fake", sei entweder zur humorvollen Prüfung der Aufmerksamkeit des Lesers oder aus

schierer Unwissenheit in die Liste der Leipziger Gruppen geraten. (Christian Dietrich/ Uwe Schwabe: Freunde und Feinde, S. 500/ E-Book S. 385) Aus dem Personenverzeichnis (S. 554/ E-Book S. 426) ist dann allerdings zu entnehmen, Christian Dietrich glaube sich als Mitbegründer der DI, die sich im Januar/ Februar 1989 gegründet haben soll. Christian Dietrich war im Arbeitskreis Solidarische Kirche aktiv und auch im Demokratischen Aufbruch. Was treibt einen Menschen um, sich noch in eine DDR-weite Bewegung hinein zu imaginieren? Es existiert sogar ein in sich sehr widersprüchlicher Lexikon-Eintrag von Christian Dietrich zu seiner „Bewegung".

Zu denken gab mir später das Datum der vermeintlichen Auflösung dieser Gruppe. Für den 24. September 1989 hatte ich einmal eine Einladung in die Paul-List-Straße erhalten, allerdings zu einer Gründung. Ich war im September vom IDRIART-Festival aus Prag zurück und nach Berlin gereist, wo ich auch Bärbel Bohley besucht habe. Sie war ebenfalls schriftlich nach Leipzig eingeladen worden und fragte mich nach dem Sinn der Sache. Da ich ihr keine aktuelle Auskunft zu geben vermochte, bat sie mich, ihre Einladung Michael Arnold zu überbringen, der die Erstunterzeichner des Neuen Forum würdig vertreten möge.

Als ich ihn in Leipzig besuchte, winkte er nur genervt ab und meinte, das habe sich doch längst erledigt, denn nun gäbe es doch schon das Neue Forum und daraus etwas zu machen, was der großen Medien-Resonanz auch organisatorisch gerecht werden könnte, sei schon schwer genug.

Da man bisweilen an sich selbst zweifelt, habe ich zur Veranstaltung mit Michael Arnold als Zeitzeuge in der Runden Ecke öffentlich die Frage nach dieser „Initiative" gestellt. Michael Arnold erklärte, dass es durchaus seit Monaten auch Gespräche darüber gegeben habe, aber zur Gründung sei es nicht mehr gekommen, denn es gab bereits das Neue Forum.

Als am Rande einer Veranstaltung der Reihe „Heute vor 10 Jahren" 1999 Frank Richter auf Christian Dietrich traf, rief Frank ihm zu: *„Falls dich mal jemand fragt, wer dein Flugblatt gedruckt hat, das war ich!"* Als Christian sich abkehrte, wandte sich Frank mir zu: *„Wenn er das nicht wissen will, dann verraten wir ihm auch nicht, wer es geschrieben hat."* – Thomas Rudolph fehlt dieser Humor.

Inzwischen steht das Buch „Freunde und Feinde" als E-Book in der Internet-Präsentation des Archivs Bürgerbewegung. Könnte man nicht einfach ein paar Korrekturen vornehmen und dieses E-Book zur 2. und korrigierten Auflage qualifizieren?

8. 2. Thomas Rudolph ist als Person gewiss nicht einfach und es mag Gründe geben, ihn nicht zu mögen. Auch ich hatte Phasen des totalen Kontakt-Abbruchs mit ihm. Aber dürfen Antipathien oder Zerwürfnisse zwischen Einzelnen dazu

verleiten, eine ganze Gruppe aus der historischen Betrachtung auszublenden, weil man einen ihrer Sprecher persönlich nicht mag?

Wer den 1998 in *„Horch & Guck“* erschienenen Artikel *„Symbol der Befreiung – Die Friedensgebete in Leipzig"* von Uwe Schwabe liest, versteht schnell, was ich meine.

Da ist in einer Fußnote von einer „Arbeitsgruppe Gerechtigkeit" die Rede, die dann mit AKG abgekürzt wird. Hat sich da ein kleiner Spleen zur reifen Obsession gesteigert?

Über den AKG wird geschrieben, er sei wichtig gewesen und Ende 1987 von Studenten des Theologischen Seminars gegründet worden. Es gibt in dem langen Artikel sehr wohl die AGM und die IGL. Den Arbeitskreis Gerechtigkeit gibt es nicht.

Das Flugblatt des AKG wird einer „Initiative zur demokratischen Erneuerung unserer Gesellschaft“ zugeschrieben. Sie wird in der Fußnote als *„loser Zusammenschluss von Mitgliedern verschiedener Gruppen"* bezeichnet. Aha!

Gemeint ist wohl das Flugblatt mit dem Titel *„Initiative zur gesellschaftlichen Erneuerung der DDR“*, das im Band „Freunde und Feinde“ (Dokument 104, S. 230 f./ E-Book S. 176 f.) noch als Flugblatt des Arbeitskreises Gerechtigkeit ausgewiesen worden war?

Es lohnt nicht auf weitere Inhalte einzugehen. Je nach Charakter kann man diesen Artikel unfreiwillig komisch oder ärgerlich finden. Ich glaube viel Sinn für Humor zu haben, aber diesen Artikel finde ich nur peinlich. Leider steht gerade dieser noch heute in der Internet-Präsentation des Archivs Bürgerbewegung zum Herunterladen bereit.

Muss das sein?

9. Ein Jahrzehnt Mitgliedschaft im Vorstand des Archives Bürgerbewegung hat mich mit zunehmendem Unbehagen erfüllt.

9. 1. Eine gute und eine schlechte Nachricht für künftige Vorstände. Die gute Nachricht: Es gibt nicht viel zu tun. Die schlechte Nachricht: Es gibt genau deshalb nicht viel zu entscheiden, weil man zumeist vor vollendete Tatsachen gestellt wird und daran auch nicht zu rütteln sei.

Wann immer meine Unterschrift benötigt wurde, so bemühte man sich auch um meine Erreichbarkeit. Einmal verabredete ich mich mit einem Mitarbeiter auch am Bahnhof, um rechtzeitig eine Unterschrift zu geben, weil ich außerhalb beschäftigt war.

Ansonsten wurde mir – wie ich hörte – sogar nachgesagt, ich sei schwer erreichbar, obwohl meine Handy-Nummer unter jeder E-Mail steht.

9. 2. Die allererste (!) Bewerbung, die ich je in den vergangenen zehn Jahren zu Gesicht bekommen habe, war Rainer Müllers per E-Mail an den Vorstand geschickte Bewerbung um die Nachfolge auf die Arbeitsstelle von Frau Keller.

Im Normalfall bemerkte ich als Vorstandsmitglied ein neues Gesicht im Büro und Frau Keller stellte mir die betreffende Person namentlich vor.

Man verstehe mich nicht falsch, ich hatte persönlich nichts gegen die Mitarbeiter der letzten Jahre, aber das Verfahren des Vorstandsvorsitzenden Uwe Schwabe war mehr als bedenklich. Da ich aber nicht missverstanden werden wollte, d. h. nicht wollte, dass Mitarbeiter glauben, ich hätte etwas persönlich gegen sie, habe ich das Thema bisher nie öffentlich gemacht.

Das Gebaren, mit Arbeitsstellenvergaben umzugehen, war im Archiv Bürgerbewegung schon vor meiner Wahl in den Vorstand sonderbar. Einmal hatte Uwe Schwabe sogar die Vergabe einer Stelle angekündigt. Da ich den ehemaligen Bausoldaten Carl Jesche nicht nur vom Theologischen Seminar, auch als Mitarbeiter des Arbeitskreises Gerechtigkeit und als Kollegen in der Initiative Frieden und Menschenrechte 1990 kannte, riet ich ihm zur Bewerbung. Er folgte der Empfehlung.

Auf erste Nachfrage erhielt ich von Uwe Schwabe die Auskunft, Carl Jesche habe kein Studium abgeschlossen. Das traf damals zu, erschien mir aber aus dem Munde von Uwe Schwabe, der selbst nie studiert hat und sich bei Übernahme in das Haus der Geschichte vehement auf Verdienste um 1989 berufen hatte, bizarr. Auf zweite Nachfrage erhielt ich die Mitteilung, dem Vorstandsmitglied Rolf-Michael Turek sei Carl Jesche nicht bekannt gewesen und er habe auch nichts von dessen Engagement gewusst. Ich habe bis heute nicht bei Pfarrer Rolf-Michael Turek nachgefragt, aber selbst wenn es so gewesen wäre, kann ich mir nicht vorstellen, dass er Michael Wildt, der die Stelle dann erhielt, gekannt haben soll, geschweige denn dessen Engagement.

Ich behalte so sonderbare Begebenheiten in Erinnerung, weil sie das untrügliche Gefühl vermitteln, der wahre Grund werde verschwiegen. Ist gar die Obsession gegen den Arbeitskreis Gerechtigkeit der wahre Grund? Wenn ja, so würde ein offenes Wort wenigstens Klarheit schaffen.

Ich habe auch nichts gegen Saskia Paul, ich weiß, sie war in der Initiativgruppe Leben, doch ich kenne sie kaum. Die Vergabe der Arbeitsstelle innerhalb einer Vorstandssitzung (in der ich ausnahmsweise fehlte) ohne vorherige Beschluss-Ankündigung oder auch nur vereins-öffentliche Ausschreibung an ein Vorstandsmitglied bereitet mir allerdings großes Unbehagen.

Wenn es nach Eignung und Verdienst (auch um den Archivbestand) ginge, so wüsste wohl jeder im Verein, wem von beiden Bewerbern der Vorzug gebührte.

Ich habe den Vorschlag unterbreitet, in einer Vorstandssitzung die Entscheidung vor der Mitgliederversammlung zu diskutieren und ich hatte auch explizit mitgeteilt, im Januar nur an Freitagen und an Wochenenden keinen Termin befolgen zu können. Dabei hatte ich sogar schon einen Kompromiss unterbreitet, nämlich die Stelle einfach zu teilen. – Daraufhin wurde eine Vorstandssitzung am Donnerstag für den Tag darauf einberufen und der dubiose „Beschluss“ am Freitag, den 13. Januar 2012, nochmals (diesmal bewusst ohne mich) „bestätigt“. Ich erhielt dazu den ironischen Hinweis, laut Satzung könne ich doch selbst eine Vorstandssitzung einberufen. – Na danke! Echt entgegenkommend.

9. 3. In den vergangenen zehn Jahren wurden mir einmal inhaltliche Papiere zu lesen gegeben. Es ging um die Texte der Ausstellung *„Die ganze action hat geprägt“.* Wir haben dann darüber gesprochen.

Bezüglich der Ausreise-Ausstellung habe ich mehrmals Frank Zieger vorgeschlagen, einen wegen seiner Äußerung, die DDR sei ein faschistoider Staat, vorbestraften Theologiestudenten aus Dresden, der nach Österreich ging. Ohne Erfolg.

Ansonsten stets das gleiche Erleben, mit vollendeten Tatsachen konfrontiert zu werden.

Regelrecht sprachlos war ich über die Mitteilung in der letzten Mitgliederversammlung, für die Internet-Dokumentation *„Power to the people“* sei eine Summe von sagenhaften 45.000 Euro (in Worten: fünfundvierzigtausend) ausgegeben worden. Was hätte man mit diesem Geld alles machen können?

(Wenn ich – bevor ich etwas für das Archiv abgebe – dies auch für die anderen Archive der Bürgerrechtsbewegungen mehrfach kopiere, wurde ich schon auf das Kopierkontingent und die Kosten hingewiesen. – Wie absurd im Vergleich zu dieser Summe!)

Bei dieser Internet-Seite ist nicht nur inhaltlich keinerlei Konzept erkennbar, eine Art nerviger Salat aus Bildern und Informationen. Sie ist sogar technisch dilettantisch mangelhaft. Nicht einmal die Navigation funktioniert, andauernd gerät man in sogenannte Sackgassen und muss von vorn beginnen, will man die Seiten erkunden: http://www.deutscheeinheitleipzig.de.

Ich darf hier hemmungslos offen sein, denn ich weiß bis heute nicht einmal, wer diese Seiten eigentlich zu verantworten hat, ob inhaltlich, ob technisch. Ich habe wieder nur das Ergebnis mitgeteilt bekommen. Keinerlei vorherige Information! Und ich bin nun einmal nicht der Typ, der permanent penetrante Neugier zeigt.

Mir liegt an der Bereitstellung von Reproduktionen von Archivalien im Internet sehr, aber so?

Im Rahmen des IFM-Archivs habe ich ein paar Dokumente auf kostenfreien Plattformen eingestellt, wie es sie seit Jahren gibt. So hatte http://www.scribd.com/IFM_Archiv in eineinhalb Jahren bereits über 16.000 Zugriffe; eine neue und auch lesefreundlichere Plattform ist Issuu: http://issuu.com/ifm-archiv.

Ich kann alle dort eingestellten Dokumente auch für das Archiv Bürgerbewegung zur Nutzung bereitstellen, einen Teil hatte ich schon einmal zugeschickt.

Was spräche dagegen, auch Rainer Müllers Dokumentation der Gruppenzugehörigkeiten und Mitarbeit von Personen in Zusammenhänge im einstigen Bezirk Leipzig im Internet mit dem Aufruf zur Ergänzung zu veröffentlichen? Personen der Zeitgeschichte sind sie alle.

Inzwischen haben wir unter den „Aktivisten der letzten Stunde" der „DDR" die ersten Verstorbenen zu beklagen und unser aller Erinnerung wird nicht besser.

9. 4. Wünsche und Empfehlungen für die Zukunft:

- Nach der Einladung des Vorstandes mit einem Tagesordnungs-VORSCHLAG sollen die Mitglieder in einer Frist (bis 4 Tage vor der Mitgliederversammlung) Tagesordnungspunkte einbringen können, z. Z. diktiert der Vorstand die Themen und Inhalte von Beschlüssen der Mitgliederversammlung.
- Vorstandssitzungen werden immer (und nicht nach Willkür) protokolliert.
- Wenn ein Vorstandsmitglied explizit ankündigt, an Wochenenden oder einzelnen Wochentagen nicht verfügbar zu sein, so darf nicht gerade an diesen Tagen wissentlich für die anderen eine Vorstandssitzung für Beschlussfassungen terminiert werden.
- Arbeitsstellen und jegliche Aufträge sind mindestens vereins-öffentlich auszuschreiben (und nicht innerhalb des Vorstandes ohne Beschlussankündigung nach Gelegenheit zu vergeben)
- Vorstandssitzungen sind mit einer annehmbaren Frist anzukündigen (nicht von heute auf morgen)
- Vor Vertragsabschlüssen (Mietverträge etc.) und größeren Anschaffungen sind mehrere Angebote einzuholen (z. B. sollte nicht die Kürze des Arbeitsweges alleiniges Kriterium für den Sitz des Archives sein)
- Ansonsten wünschte ich mir, das Archiv Bürgerbewegung wäre bezüglich der Verfahren ein ganz normaler Verein mit den üblichen Gepflogenheiten.

10. Was will ich mit und in diesem Verein Archiv Bürgerbewegung? Das frage ich nicht nur mich, diese Frage bitte ich auch alle sich selbst zu stellen. Was soll das Archiv?

Die gegenwärtige Situation in Leipzig hat sich eigentlich verbessert, hemmungslos Bedeutung heischende Figuren wie Friedrich Magirius und Christian Führer dominieren nicht mehr die Öffentlichkeit, sind im Ruhestand.

Christoph Wonneberger hingegen ist in der Öffentlichkeit heute wieder angekommen, bekannt und geachtet. Bislang hat es das Archiv Bürgerbewegung in keiner Weise vollbracht, auf die Relevanz der subversiven Gruppen in Vorbereitung der Revolution 1989 öffentlich wirksam aufmerksam zu machen. Ich wünschte mir, wir sprächen darüber, ob wir die Chance nutzten wollen oder ob dies gar nicht gewollt wird. Ich glaube es gibt Gesprächs- und Klärungsbedarf. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

24. Januar 2012,
am Tage, da sich der Geburtstag Friedrich II.,
des Königs, der die Folter abgeschafft hat, zum 300. Male jährt

II.

»Aufrichtig zu sein, kann ich versprechen,
unparteiisch zu sein, aber nicht.«

Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832)
in »Maximen und Reflexionen«

Antwort an den Vorstand auf die Einladung in die Vorstandssitzung:

Datum: Wed, 29 Feb 2012 17:13:27 +0100
Von: Oliver Kloss
An: Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.
Betreff: Re: Terminänderung

Seid gegrüßt,

ich kann und werde heute nicht kommen und glaube, dass dies auch besser so ist. Ich war der Tricksereien überdrüssig und bin bewusst aus dem Vorstande ausgeschieden.
Mein Kompromiss-Angebot, die Verteilung der Stelle auf beide Bewerber, war des Moderaten genug, was sollte es nun noch zu moderieren geben? (Ich kenne bis heute nur eine Bewerbung.)
Der Text würdigte auch Uwe Schwabe im Maße seiner Verdienste.

Wäre ich in der Rolle des „Großen Vorsitzenden" gewesen, hätte ich mich des Textes gefreut. D. h. hätte ich zuvor alle Fairness vermissen lassen und einen weit verdienteren Menschen als mich selbst (und nebenbei auch ein gewähltes Vorstandsmitglied) auf plumpeste Weise auszutricksen versucht, so hätte ich einen mir gebotenen und humorvoll unterbreiteten Kompromiss-Vorschlag, der mir eine Korrekturmöglichkeit ohne Gesichtsverlust geboten hätte, nicht trotzig ausgeschlagen, sondern freudig aufgenommen.
Mit Uwe Schwabes Reaktion des brüsken Ausnutzens seiner Rolle des „Großen Vorsitzenden" und parteiischen Gesprächsleiters sowie der Nutzung einer (selbstverständlich auch für mich absehbaren) Abstimmungs-Mehrheit hatte ich daher tatsächlich nicht gerechnet.
Auf diese Weise ist die Übertölpelung anderer nur noch gesteigert worden.

Ich hatte bereits in der Mitgliederversammlung vernehmbar erklärt, aus meiner Sicht gäbe es nun nichts mehr zu „moderieren“, denn es ist wie stets abgelaufen.
Ich hatte auch vernehmbar bemerkt, ich werde angesichts des Verhaltens von Uwe Schwabe ein „guter Verlierer“ sein.
Will sagen: ich weiß durchaus, dass auch diese unangekündigte (und mit falschen Behauptungen beeinflusste) Abstimmung in der Mitgliederversammlung letztlich rechtlich ungültig ist und daher anfechtbar wäre.
Dessen ungeachtet wird es von meiner Seite jedoch keine weitere Infragestellung geben.
Die Sache ist unappetitlich genug, sie diskreditiert den ganzen Verein.
Der sich neu konstituierende Vorstand kann sich gewiss besser ohne mich verständigen, wie man mit der nun in ihrer Absurdität gesteigerten Situation umgehen kann und will.

Wie gesagt: Nichts gegen Rolf-Michael Turek, aber ich weiß nicht, welche „wichtigen Aspekte“ es aus meinem Texte noch in einer Mitgliederversammlung zu verhandeln gäbe.
Was die DDR-weite Phantom-Bewegung mit europaweiter Vernetzung anbelangt, die sich mit fremden Flugblättern schmücken muss, so geht es nicht um etwas ernstlich Diskutables.
(Wahrscheinlich sollte auch die Übergabe von Rainers Müllers Archivalie aus dem Archiv an Vaclav Havel einst der Fütterung dieser Legende dienen, wie mir unlängst aus leider aktuellem Anlass wieder erinnerlich wurde. Das war vielleicht der einzige Fehler Rainer Müllers in diesem Archiv, dafür seine Zustimmung erteilt zu haben.)

Ich werde eine abschließende Stellungnahme an die Mitglieder schreiben und glaube, sofern seitens des Vorstandes kein Bedarf besteht, kann der März-Termin abgesagt werden.
Irritiert hat mich lediglich kurz das Protokoll. Es getraut sich nicht einmal die stattgefundene Abstimmung zu erwähnen. Meine Nachfrage bei Rainer Müller, ob ihm gar die halbe Stelle längst ohne mein Wissen angeboten worden sei, erbrachte aber kein positives Ergebnis.

Frohes Schaffen wünscht
Oliver Kloss

Anhang-Dokumentation I

Der Fake im Lexikon: „Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft Leipzig"

„Leipziger Bürgerrechtler bezeichneten unter diesem Namen seit 1988 wichtige Aktionen wie den Schweigemarsch anläßlich des 50. Jahrestags der Pogromnacht von 1938 mit einer Erklärung gegen Diskriminierung und Terror durch die SED, die -› *Demonstration* für Meinungsfreiheit mit 800 Teilnehmern am 15. Januar 1989, die Unterschriftensammlung zur Solidarität mit den Opfern staatlicher Gewalt anläßlich des Straßenmusikfestivals am 10. Juni 1989. Einige dieser -› *Bürgerrechtler* benutzten die Aktionsinterpretation „Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft" ab Februar 1989 als Bezeichnung für eine Bürgerbewegung mit dem Zusatz -› *Demokratische Initiative (DI).*
Deren Ziel war es, offenkundig zu machen, daß das „Volk" dem Staat davonläuft bzw. davongelaufen war. Die wichtigste Aktionsform der DI waren Demonstrationen. So lud die DI in -› *Leipzig* und -› *Dresden* zu einer Demonstration der Nichtwähler am Abend des 7. Mai 1989 ein, die sie als Volksentscheid interpretierten.
Zugleich beteiligten sich die Vertreter der DI an der Überwachung der Wahllokale. Am Tag darauf thematisierten sie im Leipziger -› *Friedensgebet* die politische Funktion der Kirche und versuchten anschließend, die Proteste vor der Kirche zu strukturieren, die sich nun jeden Montag wiederholten.
Im September bildete die DI das Leipziger Kontaktbüro für die Fürbittandachten und war damit die Keimzelle des -› *Neuen Forums*, Leipzig. Im März 1989 begann die DI mit einer Fotodokumentation und rief zur Gründung eines Archivs des Zivilen Ungehorsams in der DDR auf. Im Juni 1989 verbreitete das MfS ein Flugblatt, das mit „Initiative zur wirklichen demokratischen Erneuerung der Gesellschaft" unterzeichnet war und die DI als Verbündete des Sicherheitskartells darstellte.
Auf einem Seminar der DDR-weiten oppositionellen Organisationen, das die DI am 24. September 1989 organisierte, wurden die verschiedenen Strategien der Bewegungen, Vereine und Parteien abgesteckt und die DI löste sich zugunsten des Neuen Forums auf."

Christian Dietrich: „Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft Leipzig",
in: Veen, Hans-Joachim/ Eisenfeld, Peter/ Kloth, Hans Michael/ Knabe, Hubertus/ Maser, Peter/ Neubert, Ehrhart/ Wilke, Manfred

(Hrsg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. (Hrsg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung) Berlin, Propyläen, 2000, S. 186. [Verweis von S. 98 „Demokratische Initiative (DI)“ zur S. 186.]

Anhang-Dokumentation II:

Der Aufruf zum „Wahlboykott ’89“, den es wirklich gegeben hat

Wahlboykott '89

An die Bürger der Stadt Leipzig und Umgebung!
An alle Werktätigen, Arbeiter, Bauern, Pädagogen, Beamten, Angehörig en des Gesundheits- und Sozialwesens, Angehörägen der NVA, deutschen Volkspolizei und der Sicherheitsorgane.

Mit diesem Aufruf möchten wir an die Bürger der Stadt Leipzig appellieren, noch einmal über den persönlichen Gang zur Wahlurne nachzudenken.

Jeder Bürger der Stadt hat es am 7. Mai selbst in der Hand, mit seiner Beteiligung am Wahlboykott gegen eine Fortführung der zur Zeit von der Regierung der DDR betriebenen Politik zu protestieren.

Da es in der DDR keine Wahlpflicht, sondern nur ein Wahlrecht gibt, ergeben sich für jeden Bürger, der sich an diesem Wahlboykott beteiligt, auch keinerlei persönliche Nachteile.

Wir glauben, daß es an der Zeit ist, endlich die Regierung der DDR auf die hohe Fehlerquote in ihren politischen und wirtschaftlichen Entschlüssen hinzuweisen und sie aufzufordern, eine Politik der reformatischen Umgestaltung sowie die seit 40 Jahren versprochene demokratische Grundordnung einzuführen.

Auch würden wir uns freuen, wenn sich die Bürger der Messestadt am 7. Mai 1989 zu einer Schweigeprotestveranstaltung am Völkerschlachtdenkmal um 14.00 Uhr einfinden würden.

O. N. D.

Organisation Neuer Demokraten

Digitalisat einer Archivalie aus dem IFM-Archiv e.V.

Abschrift des Textes:

Wahlboykott ’89

An die Bürger der Stadt Leipzig und Umgebung!
An alle Werktätigen, Arbeiter, Bauern, Pädagogen, Beamten, Angehörigen des Gesundheits- und Sozialwesens, Angehörigen der NVA, deutschen Volkspolizei und der Sicherheitsorgane.

Mit diesem Aufruf möchten wir an die Bürger der Stadt Leipzig appellieren, noch einmal über den persönlichen Gang zur Wahlurne nachzudenken.
Jeder Bürger der Stadt hat es am 7. Mai selbst in der Hand, mit seiner Beteiligung am Wahlboykott gegen eine Fortführung der zur Zeit von der Regierung der DDR betriebenen Politik zu protestieren.

Da es in der DDR keine Wahlpflicht, sondern nur ein Wahlrecht gibt, ergeben sich für jeden Bürger, der sich an diesem Wahlboykott beteiligt, auch keinerlei Nachteile.

Wir glauben, daß es an der Zeit ist, endlich die Regierung der DDR auf die hohe Fehlerquote in ihren politischen und wirtschaftlichen Entschlüssen hinzuweisen und sie aufzufordern, eine Politik der reformatischen Umgestaltung sowie die seit 40 Jahren versprochene demokratische Grundordnung einzuführen.

Auch würden wir uns freuen, wenn sich die Bürger der Messestadt am 7. Mai 1989 zu einer Schweigeprotestveranstaltung um 14.00 Uhr am Völkerschlachtdenkmal einfinden würden.

O. N. D.
Organisation Neuer Demokraten

Vermutlich benutzte Christian Dietrich seine „Aktionsinterpretation“ auch zur Vereinnahmung dieses Textes der „Organisation Neuer Demokraten“, die es aller Vermutung nach ebenfalls als Organisation nie gegeben haben wird.
Es müssen aber ein paar mutige Leute den Aufruf zum Wahlboykott verbreitet haben, mochte der Vorschlag zur Veranstaltung am weit abgelegenen Völkerschlachtdenkmal auch keine kluge und öffentlichkeitswirksame Idee gewesen sein.

Wer also noch irgendeinen Text, ein Plakat oder Flugblatt findet, das sich keiner der existierenden subversiven Gruppen sofort eindeutig zuordnen lässt, möge das Material an Christian Dietrich weiterleiten!
Seine „Aktionsinterpretation Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft“ (eine angeblich DDR-weit engagierte Bewegung mit europaweiter Vernetzung !) ist gewiss noch offen für die Interpretation weiterer vermeintlicher Aktionen.

Wer zufällig auch – wie ich – für den 24. September 1989 in die Paul-List-Straße zur Gründung dieser Initiative eingeladen worden war, sogar noch die Einladung haben sollte, sende sie mir bitte wenigstens in Kopie!

Es dankt Oliver Kloss oliver.kloss (at) gmx.de